Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 32 (2013)

Heft: 63

Artikel: Für eine starke gewerkschaftspolitische Bildung : gemeinsam lernen, eine solidarische Gesellschaft zu gestalten

Autor: Goll, Christine

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652500

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Christine Goll

Für eine starke gewerkschaftspolitische Bildung

Gemeinsam lernen, eine solidarische Gesellschaft zu gestalten

Die neoliberale Politik des Sozialabbaus hat auch Spuren in den Gewerkschaften hinterlassen. So hat die öffentliche Panikmache über die Finanzierbarkeit der Sozialwerke auch bei Gewerkschaftsmitgliedern verfangen: In vielen Köpfen dominiert das bewusst geschürte und falsche Bild vom bevorstehenden Kollaps der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Gespräche an der Gewerkschaftsbasis illustrieren, wie gross die Verunsicherung insbesondere bei jungen Mitgliedern in Bezug auf die eigene Altersvorsorge ist. Kein Wunder, die regelmässigen Alarmmeldungen der letzten 20 Jahre, die Rhetorik der demografischen Entwicklung («Überalterung»), die Mär von den reichen Alten und die Unkenrufe von Wirtschaft und bürgerlich dominierter Politik, ein Leistungsabbau zur Verhinderung des finanziellen Bankrotts der AHV sei unumgänglich, zeigen Wirkung. Dem mit Fakten und Aufklärung entgegenzuwirken ist aufwendig, aber nötig. Gewerkschaftspolitische Bildung ist der Schlüssel dazu.

Gewerkschaftliche Bildung hat allgemein zwar eine lange Tradition. Die politische Bildung in den Gewerkschaften fristet heute aber ein Schattendasein, sie bedarf dringend der Stärkung. Wie nötig das ist und welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, zeigt dieser Beitrag zunächst am Beispiel des neuen Initiativprojektes «AHVplus» des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Aus den Erfahrungen der Schulungskampagne zu «AHVplus» werden Perspektiven für die gewerkschaftspolitische Bildung abgeleitet und Schwerpunkte für das gewerkschaftliche Bildungsinstitut Movendo skizziert. Ein abschliessendes Plädoyer argumentiert für die Stärkung einer gemeinsamen und koordinierten gewerkschaftlichen Bildung und wendet sich gegen die drohende Verzettelung der Bildungsarbeit in den Einzelgewerkschaften.

Gewerkschaftspolitische Bildung am Fallbeispiel «AHVplus»

Der SGB hat im Frühjahr 2013 die Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» lanciert. Ziel der Initiative ist eine 10-prozentige Erhöhung aller AHV-Renten, um den Anschluss an die generelle Lohnentwicklung sicherzustellen. Zeitgleich mit der öffentlichen Präsentation der Initiative und dem Start der Unterschriftensammlung hat das gewerkschaftliche Bildungsin-

stitut Movendo in Zusammenarbeit mit dem SGB mehrere Kurstage in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz konzipiert und erfolgreich durchgeführt. Primäres Ziel der Schulungen war die Verbreiterung des Wissens über den Aufbau der schweizerischen Altersvorsorge, insbesondere über die Funktionsweise, die finanzielle Situation und die Leistungen der «ersten Säule», der AHV. Es ging zudem darum, aufzuzeigen, welches die politischen Hintergründe der Lancierung des Volksbegehrens sind und weshalb die Stärkung der AHV heute im Vordergrund steht. Gleichzeitig wurde ein Argumentationstraining angeboten im Hinblick auf geplante gesamtschweizerische Aktionstage, an denen informierte und motivierte Unterschriftensammlerinnen und -sammler für ein schnelles Zustandekommen der Initiative sorgen sollen.

Erklärtes Ziel des SGB war es nämlich, die Initiative bereits im Sommer 2013 einzureichen. Denn die vom Bundesrat angekündigte «Reform» der Altersvorsorge sollte bereits im Herbst 2013 in die Vernehmlassung geschickt werden, bevor der parlamentarische Prozess einsetzt. In welche Richtung die von Bundesrat und Parlament in den letzten Jahren beschlossenen «Reformen» bei den Sozialversicherungen jeweils zielten, ist gerade Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern noch in bester Erinnerung. Ohne ihren Einsatz wäre der Rentenabbau heute bereits Realität: Dank den von den Gewerkschaften lancierten Referenden wurde im Jahre 2004 die 11. AHV-Revision (die Leistungsabbau u. a. durch die Erhöhung des Rentenalters für Frauen vorsah) an der Urne abgelehnt, und 2010 verwarf die Stimmbevölkerung eine Rentenkürzungen bei den Pensionskassen (Senkung des Umwandlungssatzes), der «zweiten Säule» der schweizerischen Altersvorsorge. Bei Volksabstimmungen gegen Sozialabbau in der Altersvorsorge haben Gewerkschaften und Linke jeweils die grosse Mehrheit der Stimmberechtigten hinter sich.

Politische Hintergründe der Initiative «AHVplus»

Im politischen Umfeld immer neuer Versuche der «Rentenreform» ist die neue Strategie des SGB nicht mehr nur die Verteidigung des Status quo, sondern eine Offensive für höhere Renten: Bei der Initiative «AHVplus» geht es nicht nur darum, die sozialen Errungenschaften zu sichern, sondern endlich einen substanziellen Rentenausbau einzufordern. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich im Alter noch stärker. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung kann sich nach der Pensionierung entspannt zurücklehnen, weil er zu den Privilegierten mit hohen Pensionskassenrenten der im Kapitaldeckungsverfahren finanzierten zweiten Säule gehört oder über genügend privates Vermögen verfügt. Der Grossteil der Rentnerinnen und Rentner ist dagegen hauptsächlich auf die AHV angewiesen. Alleinstehende Personen beziehen im Durchschnitt gut 2000 Fran-

ken, ein pensioniertes Ehepaar um die 3000 Franken pro Monat. Fast 200 000 Personen müssen nach dem sogenannten Bedarfsprinzip Ergänzungsleistungen beantragen, um über die Runden zu kommen. Die Bundesverfassung sieht zwar vor, dass nach der Pensionierung das «gewohnte Leben angemessen» weitergeführt werden kann. Verfassungsrechtlich ebenfalls garantiert ist, dass die Renten der AHV existenzsichernd sein sollten. Doch davon sind die meisten Menschen in diesem Land meilenweit entfernt (Bianchi / Aregger 2012).

Dennoch ist die AHV die wichtigste Stütze der Altersvorsorge. Sie ist eine Erfolgsstory und geniesst hohes Ansehen in der Bevölkerung. Sie ist finanziell stabil, obwohl die Lohnbeiträge seit 1975 nicht erhöht worden sind und sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner seither von rund 900 000 auf 2,2 Millionen Personen mehr als verdoppelt hat. Das hat unter anderem damit zu tun, dass auch die höchsten Einkommen Beiträge in die AHV-Kasse einbezahlen müssen. Es verwundert daher nicht, dass die AHV gerade deshalb schlechtgeredet wird, weil sie von ihrem Finanzierungssystem her eine «Reichtumssteuer» darstellt. Die AHV ist sozial finanziert, leistungsstark und allen Defizitprognosen der schweizerischen Regierung zum Trotz finanziell gesund. Der geplante und notwendige Rentenausbau, wie in der Initiative vorgeschlagen, wäre problemlos finanzierbar, wenn die Mittel von Alkohol- und Tabaksteuern oder der Mehrwertsteuer, wie eigentlich vorgesehen, direkt in die AHV-Kasse statt in die allgemeine Bundeskasse fliessen würden. Wenn man zu diesen entgangenen Mitteln auch die Beiträge zählt, welche der AHV durch die Unternehmenssteuerreform II entzogen werden, weil dadurch AHV-beitragsbefreite Dividenden ausgeschüttet statt beitragspflichtige Löhne bezahlt werden, belaufen sich die Verluste zulasten der AHV und der Pensionierten auf gegen fünf Milliarden Franken. Und mit einer nationalen Erbschaftssteuer – eine entsprechende Volksinitiative ist bereits bei der Bundesverwaltung deponiert – würden weitere zwei Milliarden Franken in die AHV-Kasse gespült.

Erfahrungen aus der Kampagnenschulung zu «AHVplus»

Die Kampagnenschulung zur Volksinitiative «AHVplus» war ein Erfolg: Alle angebotenen Kurse konnten durchgeführt werden und wurden von einem breit gefächerten, altersmässig durchmischten und geschlechterparitätisch zusammengesetzten Publikum besucht, darunter sowohl Mitarbeitende als auch Aktivistinnen und Aktivisten von Gewerkschaften. So erfreulich das rege Interesse an den Bildungsangeboten war, so ernüchternd war die Feststellung, dass der Wissensstand dürftig ist. Obwohl die schweizerische Altersvorsorge ein permanentes Thema und Aktionsfeld gewerkschaftlicher Arbeit ist und auf jedem Lohnausweis als monatlicher Gehaltsabzug ersichtlich ist, wissen nur wenige Mitglieder, weshalb und

wie viele Lohnbeiträge sie für welche Leistungen in welchen Fällen bezahlen. Die fehlenden Informationen haben teilweise gravierende existenzielle Konsequenzen für die Betroffenen, etwa wenn durch Beitragslücken oder nicht eingeforderte Betreuungsgutschriften später gekürzte Renten in Kauf genommen werden müssen. Gerade bei den komplexen Mechanismen der Pensionskassen, die gesetzlich ungenügend geregelt, ständigen Änderungen ausgesetzt und den Kapitalmärkten ausgeliefert sind, blicken selbst viele GewerkschaftssekretärInnen kaum mehr durch. Auf den Gewerkschaftssekretariaten ist die Beratungskompetenz oft schwach ausgeprägt. Ratsuchende Mitglieder, die ihre bevorstehende Pensionierung planen und ihr finanzielles Budget im Alter abschätzen und einteilen möchten, wenden sich vor allem an private Beratungsfirmen, Banken und Versicherungen, die ein lukratives Geschäft mit nicht vermögenden älteren Arbeitnehmenden betreiben. Im Bereich der Rentenplanung und der Rentenberechnung hätten gerade die Gewerkschaften eine wichtige Beratungsaufgabe für ihre Mitglieder, die nach der Pensionierung oft knapp kalkulieren müssen.

Ziele der gewerkschaftspolitischen Bildung

Zentrales Bildungsziel der Gewerkschaften muss sein, aufzuzeigen, wo sie – nicht als politische Partei, sondern als soziale Bewegung – in der Lage sind, politisch Einfluss zu nehmen. Dazu braucht es informierte Gewerkschaftsmitglieder, die aktiv am politischen Prozess teilhaben und kollektive Aktionsformen erproben. Bessere Renten, gerade für Personen mit kleinen und mittleren Einkommen, sind durch eine Stärkung der im Umlageverfahren finanzierten und solidarisch ausgestalteten AHV viel kostengünstiger zu haben als über die zweite Säule der Pensionskassen. Und privates Sparen für das Alter ist teurer, weil Banken und Versicherungen mitverdienen. Politische Bildung muss deshalb auch die Zusammenhänge der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik aufzeigen können.

Bewusstseinsbildung vorantreiben, das Wissen breit verankern und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen: das sind die primären Anliegen der gewerkschaftspolitischen Bildung. An den Gewerkschaftsspitzen und auf dem Sekretariat des SGB arbeiten Fachleute, die hocheffizient Fakten aufbereiten, die in der Lage sind, die aktuelle Einkommens- und Lebenssituation der Arbeitnehmenden zu analysieren, die kluge Strategien und gewerkschaftliche Massnahmen entwickeln und geschickt mit den politischen Akteuren verhandeln können. Wenn dieses Know-how und das Sachwissen jedoch in den obersten Etagen der Gewerkschaftszentralen konzentriert bleiben, dann liegt ein gewichtiges Mobilisierungspotenzial brach. Auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft braucht es nicht nur ein paar wenige Fachleute, sondern möglichst viel Gewerk-

schaftsmitglieder, die selber tätig werden können, um die herrschenden ungerechten Verhältnisse aufzubrechen und die soziale Vision aktiv mitzugestalten.

Daher bedarf es einer mutigen Bildungsoffensive – nicht nur auf dem Gebiet der AHV. Gerade in Krisenzeiten brauchen Arbeitnehmende gewerkschaftliche Antworten auf die realen Bedrohungen wie die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder den drohenden Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen (Lampart u. a. 2013). Die Wissensvermittlung über verschiedene Lohnsysteme und Lohnfestsetzungsmechanismen beispielsweise ist eine wichtige Voraussetzung, um die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern in der Praxis einzufordern und durchzusetzen. Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Nur Kenntnisse über die Migrationsgesetzgebung, im Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU und den von Gewerkschaftsseite hart erstrittenen flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping, sichern die Rechte von schweizerischen und ausländischen Lohnabhängigen. All das lässt sich mit den besten Flyern, Broschüren oder Internetseiten allein nicht vermitteln, vielmehr braucht es Begegnung und Diskussion. Fortschritte können dann erzielt werden, wenn Menschen Erfahrungen austauschen, sich mit den besten Durchsetzungsstrategien gemeinsam auseinandersetzen und sozial vernetzt handeln. Das sind die Eckwerte gemeinsamen Lernens.

Gerade in Zeiten der Finanzkrise mit ihren negativen Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmenden und mit der zunehmenden Bedrohung für gewerkschaftspolitisch aktive Mitglieder, die sich auf keinen Schutz vor missbräuchlicher Kündigung verlassen können (SGB 2012), müssten die Gewerkschaften eigentlich einen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen. Die skandalösen Entlassungen von Personalvertretungen, die schamlosen Abzockereien in den Manageretagen und die permanenten Angriffe auf die sozialen Errungenschaften müssten eigentlich die Lohnabhängigen in Massen in die Arme der Gewerkschaften treiben. Dies ist nicht der Fall. Dass sich die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften unter dem SGB-Dach inzwischen stabilisiert haben, ist kein Trost. Auch diese Entwicklung verweist einmal mehr auf die Bedeutung einer gewerkschaftspolitischen Bildung, welche die Handlungsfähigkeit der Einzelnen wie der Gewerkschaften stärkt.

Gemeinsame gewerkschaftliche Bildungsstrukturen besser nutzen

Für die Stärkung der gewerkschaftspolitischen Bildung gilt es, an den bestehenden gemeinsamen Bildungsstrukturen anzuknüpfen. Das gewerkschaftliche Bildungsinstitut Movendo wurde vor gut zehn Jahren als Nachfolgeorganisation der Schweizerischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-

Bildungszentrale (SABZ) gegründet – mit dem Ziel, die Bildungsangebote der Gewerkschaften zu konzentrieren, zu koordinieren und Synergien zu schaffen. Fünf Gewerkschaften, alles Mitgliedverbände des SGB, gehören zur Trägerschaft, welche das finanzielle Rückgrat der Aktivitäten von Movendo bilden.

Die Palette der Bildungsangebote von Movendo (www.movendo.ch) ist vielfältig: Sie reicht von aktuellen Fragestellungen und Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Recht, Sozialversicherungen und Politik bis zur Vermittlung von Kenntnissen und Arbeitstechniken in der Kommunikation oder Lebensgestaltung. Bei den inhaltlichen Themenfeldern geht es darum, Grundwissen zu vermitteln, Funktionsweisen zu erklären, Zusammenhänge aufzuzeigen, sich mit den eigenen Lebensverhältnissen und Zukunftsperspektiven auseinanderzusetzen sowie gewerkschaftliche Antworten auf Fragen und Probleme aus dem Alltag der Teilnehmenden zu geben und die Mitglieder für konkrete Aktionen, Kampagnen und Projekte zu gewinnen und zu mobilisieren. Ein Blick ins aktuelle Kursprogramm von Movendo zeigt, dass zurzeit vor allem Soft-Skill-Angebote dominieren: Die Nachfrage nach Kursen, die den Umgang mit Arbeitsinstrumenten thematisieren, wie Protokollführung, Mindmapping oder die Handhabung neuer Technologien, sowie Methoden- und Sozialkompetenzen vermitteln, wie Kommunikations- oder Verhandlungstechniken, ist gross. Im Bereich der politischen Bildung muss sich Movendo in Zukunft hingegen noch stärker engagieren.

Die Movendo-Bildungsangebote richten sich im Wesentlichen an drei Zielgruppen: Mitarbeitende in den Gewerkschaften, Mitglieder der Gewerkschaften und Vertrauensleute. Der Begriff Vertrauensleute wird unterschiedlich und breit definiert und umfasst je nach Verband Gewerkschaftsmitglieder mit besonderen Funktionen: Mitglieder von Personalvertretungen innerhalb der Betriebe, Mitglieder in Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen der beruflichen Vorsorge, Vorstandsmitglieder von Gremien im Milizapparat der Gewerkschaften oder Gewerkschaftsmitglieder, die an ihrem Arbeitsplatz Kontakt- oder Ansprechperson für KollegInnen sind. Vertrauensleute sind eine der zentralen Zielgruppen für die politische Bildung.

Netzwerke der politischen Bildung für Vertrauensleute ausbauen

Vertrauensleute sind ein wichtiges Bindeglied der Gewerkschaften zu den Betrieben. Sie sind jedoch in erster Linie wertvolle Mitglieder für ihre Gewerkschaften, weil sie sich besonders stark für gewerkschaftliche Anliegen einsetzen und exponieren, was angesichts der vermehrten gewerkschaftsfeindlichen Kündigungen der jüngsten Zeit auch Risiken birgt. Der SGB und der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) haben die

Schweiz bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) angeklagt, weil mit der Duldung von Entlassungen, etwa im Fall des Neuenburger Spitals Providence, das 22 streikenden Angestellten gekündigt hat, das von der Schweiz ratifizierte IAO-Abkommen Nr. 98 verletzt wird. Vertrauensleute sind auch Multiplikatoren und nicht selten selber «Ausbildnerinnen und Ausbildner», die Wissen und Know-how an ArbeitskollegInnen weitergeben oder diese beraten. Gerade diese Zielgruppe muss in Zukunft auch in der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit mehr Gewicht erhalten. Das meist ehrenamtliche, unbezahlte gewerkschaftliche Engagement von Vertrauensleuten soll mit attraktiven Bildungsangeboten belohnt und unterstützt werden. Vertrauensleute gewinnen, stärken und vernetzen: das sind nebst den gewerkschaftspolitischen Inhalten die organisationspolitischen Ziele von Bildungsangeboten für Vertrauensleute, weil die Überlebensfähigkeit der Gewerkschaften von diesen Mitgliedern abhängt. Zudem darf nicht sein, dass diese Gruppe von Aktiven auf sich selber gestellt ist, wenn sie sich exponiert. Es braucht deshalb gut funktionierende Netzwerke von Vertrauensleuten. Movendo hat für diese Zielgruppe im nächsten Jahr neue Angebote konzipiert.

Die Gewerkschaften, die Movendo finanziell tragen, tun dies auch in ihrem eigenen Interesse. Während vor der Gründung von Movendo jeder Verband noch seine eigene Bildungsabteilung hatte und Kursprogramme auf eigene Faust entwickelte, hat sich inzwischen doch die Einsicht durchgesetzt, dass die Konzentration auf ein gemeinsames Bildungsinstitut billiger, effizienter und zielführender ist. Denn es gibt eine Reihe von gemeinsamen Themen, Kampagnen und Aktionsfeldern, in denen Synergien genutzt und Kräfte gebündelt werden können und sollen. Gerade wenn gewerkschaftsübergreifende Projekte gestartet werden, ist es sinnvoll und notwendig, begleitende Bildungsprogramme zu planen und umzusetzen; das zeigen die Erfahrungen aus der Kampagnenschulung zu «AHVplus» sehr deutlich. Die Gewerkschaftsbasis soll genau wissen, welche Antworten ihre Gewerkschaft auf aktuelle politische und wirtschaftliche Problemstellungen hat, welche Massnahmen sie ergreift und wie sich Basismitglieder an diesen Projekten beteiligen können. Und die Mitarbeitenden in den Gewerkschaften sowie die Vertrauensleute sollen in der Lage sein, dieses Wissen zu verbreitern.

Plädoyer für gemeinsame gewerkschaftspolitische Bildung – und gegen Verzettelung

Bildung hat derzeit in den Gewerkschaften einen geringen Stellenwert. Schlimmer: Gewerkschaftliche Bildung ist für viele Verbände vor allem ein Kostenfaktor. So beschränken die Trägerorganisationen von Movendo den Besuch von Bildungsangeboten für ihre Mitglieder auf einen Kurs pro

Jahr. Mitglieder mit gewerkschaftlichen Funktionen können zwar mehrere Kurse besuchen. Aber damit Basismitglieder jemals aktiv Funktionen in einem Vorstand übernehmen oder Vertrauensperson ihrer Gewerkschaft werden können, müsste ihnen ein breiter, ihrem Bedarf entsprechender Zugang zu gewerkschaftlicher Bildung ermöglicht werden. Natürlich reichen Kursbesuche allein nicht, es braucht auch genügend personelle Ressourcen in den Verbänden, die sich weiterbildende Mitglieder begleiten und coachen und Vertrauensleute in ihrer Tätigkeit aktiv unterstützen. Dass gewerkschaftliche Bildung heute ein Schattendasein fristet, hat auch mit den internen Veränderungen zu tun: Die Gewerkschaftslandschaft ist im Umbruch. Die Fusionen und internen Restrukturierungsprozesse der vergangenen Jahre haben ihren Preis, und der Sparhammer saust auch auf die einzelnen Gewerkschaften nieder. Die finanziellen Mittel aber ausgerechnet bei der Bildung zu kappen, ist das Falscheste, was in dieser Situation getan werden kann.

Es drohen aber nicht nur Kürzungen, sondern auch Verzettelungen im gewerkschaftlichen Bildungsangebot. Derzeit stellt jeder Verband als Folge des alltäglichen Aktivismus wieder seine eigenen Bildungsprogramme auf die Beine. Ein eigenes Bildungsangebot dient der kurzfristigen Imagepflege, stellt sich in vielen Fällen aber als ineffiziente, wirkungslose und teure Übung heraus. Die Konzentration der finanziellen Mittel auf ein gewerkschaftliches Bildungsinstitut für alle ist sicher angebrachter und wirkungsvoller. Natürlich haben die Verbände je nach Branche und Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft eine andere Geschichte und unterschiedliche Kulturen, Bedürfnisse und allenfalls auch Themen- und Tätigkeitsschwerpunkte. Doch auch das kann unter einem gemeinsamen Bildungsdach wie Movendo adäquat berücksichtigt werden. Aber auch Movendo muss sich als kompetente gewerkschaftspolitische Bildungsinstitution besser positionieren, ihre Trägerschaft breiter verankern und sich auch strukturell mit dem SGB besser vernetzen. In der Vergangenheit hat sich Movendo möglicherweise allzu stark von den Entwicklungen im boomenden Weiterbildungsmarkt beeindrucken lassen. Der Kräfteverschleiss, der nötig ist, um sich als Bildungsinstitut auf diesem von Ökonomisierung und Zertifizierungswahn geprägten Markt zu behaupten, nützt weder Movendo noch den Gewerkschaften beziehungsweise ihren (potenziellen) Mitgliedern.

Gewerkschaftspolitische Bildung ist notwendiger denn je: für Mitarbeitende auf den Gewerkschaftssekretariaten, für Vertrauensleute und für Basismitglieder. Gewerkschaftsmitglieder können sich selber Wissen und Kompetenzen aneignen; sie sollen als Vertrauenspersonen ihrer Gewerkschaften den Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz kompetent Auskünfte geben können und sie sollen sich auf den Schutz und die individu-

elle Beratung durch ihre Gewerkschaft verlassen können. Bildung hat gerade im Umfeld der Finanz- und Wirtschaftskrisen mit ihren negativen Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsrealitäten der Menschen, der zutiefst unsozialen Steuersenkungs- und Sparpolitik und der ungelösten Verteilungsfrage, aber auch angesichts des Mitgliederschwunds und des fehlenden jungen Nachwuchses innerhalb der Gewerkschaften eine wichtige Bedeutung und könnte eine enorme Sprengkraft für gesellschaftliche Veränderungen entwickeln.

Gewerkschaftspolitische Bildung unter einem Dach nützt den Teilnehmenden, die ihre Erfahrungen austauschen und Netze über die Verbandsgrenzen knüpfen können, und den Verbänden, die ihren Mitgliedern professionelle und attraktive Bildung ermöglichen und damit zeigen, dass sich ein Beitritt zu einer Gewerkschaft lohnt. Das ist beste Mitgliederpflege und Mitgliederwerbung gleichzeitig. Gewerkschaftspolitische Bildung ist zudem das beste Mittel zur Mobilisierung der Mitglieder und damit zur Stärkung der Positionsmacht der Gewerkschaften im politischen System.

Literatur

Bianchi, Doris / Aregger, Jasmin, 2012: Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung nur für eine Minderheit. Zur wirtschaftlichen Lage der Rentner und Rentnerinnen in der Schweiz. SGB-Dossier Nr. 90. Bern

Lampart, Daniel / Gallusser, David / Kopp, Daniel, 2013: Lohndruck und ungerechte Verteilung. Die finanzielle Lage der Arbeitnehmenden in der Schweiz – Analyse und Handlungsmöglichkeiten. SGB. Bern

Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 2012: Wer sich wehrt, braucht Schutz. Schwarzbuch missbräuchliche Kündigungen. SGB. Bern